

Margot von Renesse
Götzenberg 1
40882 Ratingen

Ratingen, 21.07.10

An die Herren Loew-Beer, Richter, Seitz
Martin-Luther-Str. 13
60316 Frankfurt am Main

Sehr geehrte Herren!

Mir liegt Ihr Brief an die erste Vorsitzende der dPV vom 07.07.2010 vor, zu dem ich in meiner Eigenschaft als eines der Vorstandsmitglieder Stellung nehmen will (wobei ich nur für meine Person handle und mir selbstverständlich weitere Darlegungen vorbehalten).

1.)

Es erschließt sich mir nicht, warum das Schreiben der ersten Vorsitzenden an alle Mitglieder der dPV von Ihnen als "Zumutung" empfunden wird. Selbstverständlich hat dieses Rundschreiben Kosten verursacht, was Sie offensichtlich missbilligen. Ich hingegen - wie auch die Vorsitzende - hielt es für dringend erforderlich, nicht nur Mandatsträger der dPV, sondern auch jedes Mitglied über Unrichtigkeiten in dem bekannten Spiegel-Artikel zu informieren, weil jeder einzelne dazu befragt werden konnte. - Dies zur Form der Information. Was ihren Inhalt angeht, so wurde meines Erachtens keineswegs "gewitzelt", sondern die fehlerhafte Berichterstattung im Spiegel zurückgewiesen. Es ist mittlerweile bekannt, dass das Einkommen des Geschäftsführers vom Spiegel bei weitem zu hoch angegeben wurde und dass das Büro in Neuss keineswegs eines ist, in dem man "residiert", - eine Vokabel, die die Assoziation zu residenzähnlichen Behausungen erweckt.

2.)

Sie vermissen Aktivitäten des Vorstandes der dPV zur Kontrolle des Geschäftsführers. An welcher Stelle Sie solche Kontrollen vermissen, lässt Ihr Schreiben nicht erkennen. Sollten Sie die Höhe seines Gehalts meinen, so ist nach meiner Auffassung dieses Gehalt angesichts der langjährigen Tätigkeit eines Volljuristen in unserer Organisation nicht übersetzt, Zum anderen besteht auch arbeitsrechtlich keine Möglichkeit, dieses Gehalt zu reduzieren (sei es durch eine Änderungskündigung, sei es durch die Kündigung des Arbeitsverhältnisses insgesamt - bei Einstellung einer geringer bezahlten Persönlichkeit). Soweit ich weiß, hat keines der aktuellen Vorstandsmitglieder den mit unserem Geschäftsführer bestehenden Arbeitsvertrag geschlossen, sondern ihn zu Beginn unserer Vorstandstätigkeit vorgefunden. Ich will aber nicht verhehlen, dass Herr Mehrhoff nach meiner Meinung sein Geld für unseren Verband mehr als wert ist, nicht zuletzt deshalb, weil es ihm gelungen ist, in erheblichem Umfang die Mittel unseres Verbandes vermehrt zu haben. Es handelt sich auch nicht um eine "einträgliche Pfründe" (die er sich auch noch selber geschaffen habe, wie Sie erkennbar meinen), sondern ein sogar relativ bescheidenes, mit dem damaligen Vorstand ausgehandeltes Gehalt, das ebenfalls in bescheidenem Umfang im Laufe der Jahre erhöht worden ist - und zwar vom jeweiligen Vorstand.

Am Rande erwähne ich, dass ich es für eine unglaubliche Beeinträchtigung der Rechte eines Menschen halte, wenn er gezwungen wird, allein aufgrund kränkender Darstellungen in aller Öffentlichkeit "seine Brust aufzureißen" und sein Einkommen zu offenbaren, wozu Sie und ich uns niemals zwingen ließen. Ich möchte an das achte Gebot erinnern, das zu den ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft gehört. Ich zitiere: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Den Ruf eines

Menschen bedenkenlos zu ruinieren, indem man ihn, ohne dafür tatsächliche Anhaltspunkte zu haben, der eigensüchtigen Verschwendung und Verwendung von Mitteln bezichtigt, die zu karitativen Zwecken bestimmt sind, ist - Sie erlauben mir diese Vokabel - schlicht infam.

3.)

Sie nennen unserem Geschäftsführer einen "machtgierigen kleinen Diktator". Nach meinem Verständnis ist ein Diktator jemand, der anderen seinen Willen aufzwingt. Mir ist nicht ersichtlich, an welchen Stellen unser Geschäftsführer Vorstandsbeschlüsse nicht ausgeführt, Entscheidungen oder Handlungen ohne Zustimmung des Vorstandes (beziehungsweise der Mitgliederversammlung) oder sonstige Eigenmächtigkeiten begangen hätte. Entweder bitte ich hier um Konkretisierung oder um Korrektur Ihrer Wortwahl. Wenn Sie Vorwürfe erheben wollen, tragen Sie bitte Tatsachen vor, keine begründungslosen Kränkungen

4.)

Das von Ihnen gebrachte angebliche Zitat von Frau Kaminski ist in meiner Erinnerung nicht verankert.

Dass Frau Kaminski auf Delegiertenversammlungen Fragen nicht zugelassen haben sollte, ist aus tatsächlichen Gründen unmöglich. Solange jedenfalls ich in der dPV aktiv bin, wurde jede Mitgliederversammlung nicht von Frau Kaminski, sondern von Herrn Brünsing geleitet, der nicht einmal Mitglied der dPV ist. Frau Kaminski hatte somit keine Möglichkeit, eine Wortmeldung zu unterdrücken. Dass sie auf eine Frage nicht geantwortet hätte, ist mir nicht in Erinnerung. Es wurde dergleichen auf Delegiertenversammlungen auch nicht moniert.

5.)

Noch eins zum Thema Ausschlussverfahren: Der Vorstand ist einhellig der Meinung, dass die Äußerungen, die Frau Kämpf von Spiegel-online in den Mund gelegt worden sind, den Tatbestand der Vereinsschädigung erfüllen. Ein ordnungsgemäßes Verfahren, das wir deshalb eingeleitet haben, wird ihre Rechte wahren,, dessen seien Sie gewiss. Selbst ein Ausschluss, wenn er denn erfolgen würde, könnte sie nicht "mundtot" machen, wie Sie befürchten: Er führt lediglich dazu, dass solche Angriffe sich nicht mehr darauf berufen können, sie kämen aus dem Inneren des Verbandes. Ähnliches gilt übrigens auch für Sie, da Sie ausdrücklich auf Ihre Mitgliedschaft in der dPV hinweisen. Warum nicht auch auf Ihre Mandate in der Organisation "Evanda"?

6.)

Da Sie einen offenen Brief verfasst haben, bitte ich Sie um Mitteilung Ihres Verteilers, damit auch meine Antwort entsprechend verteilt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Margot von Renesse

Zweite Vorsitzende der dPV